

## Grosser Gemeinderat Interlaken

### Protokoll der 5. Sitzung

Dienstag, 29. August 2017, 19:30 Uhr, Aula der Schulanlage Alpenstrasse

Vorsitz: Simmler Dorothea, SP

Stimmzählende: Boss Pia, FDP  
von Allmen Marcel, SVP

Weiter anwesend	FDP	SVP	SP	Grüne	Gemeinderat
	Beutler Georges Betschart Christoph Daumüller Fredi Rico Edith (ab Traktandum 31) Michel Paul Chevrolet André Schmidhauser Corinne	Staehelin Bernhard Meyes Schürch Antonie Nyffeler Adrian Nyffeler Manuela Roth Andreas Gebs Roger	Rougy Dimitri Liechti Anja Tschanz Heinz Romang Hans Eymann Claudia	Weinekötter Bernhard Hänggi Sandra Kupfer Fritz <b>EVP</b> Schütz Lorenz Amacher Sabrina Dummermuth Andreas <b>EDU</b> Balmer Ueli	Graf Urs (ab Traktandum 33) Burkhard Hans- Rudolf Ritschard Philippe Stör Sabina Michel Peter (ab Traktandum 33) Boss Kaspar Christ Franz <b>Jugendparlament</b> Martinelli Valentina
Abwesend		Bozic Marko	Simmler Florian		<b>Jugendparlament</b> Fuchs Nils
Protokoll					Goetschi Philipp

### Traktanden

30. Protokoll
31. Erneuerung und Umgestaltung Centralstrasse inklusive Kanalisationssanierung, Rahmenkredit
32. Erneuerung und Umgestaltung Jungfraustrasse, Teilstrecke Savoykreuzung (inklusive) bis Gemeindegrenze Matten, inklusive Kanalisationserneuerung, Rahmenkredit
33. Informatik Schulen, Beschaffung Schüler- und Lehrergeräte, Rahmenkredit
34. Gemeindeinitiative "Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere"
35. Postulat Meyes Schürch, Englischer Garten, Begründung
36. Orientierungen/Verschiedenes

30 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

### Protokoll

#### **Beschluss:**

Das Protokoll der 4. Sitzung vom Dienstag, 27. Juni 2017, wird stillschweigend genehmigt.

31 S4.4.14 Centralstrasse

### **Erneuerung und Umgestaltung Centralstrasse inklusive Kanalisationssanierung, Rahmenkredit**

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen zur Vorlage.

*Gemeinderat Kaspar Boss* erinnert daran, dass es sich bei der Erneuerung und Umgestaltung der

Centralstrasse um ein Agglomerationsprojekt der Phase 2 handle, das von Bund und Kanton im Teil Strasse mit namhaften Beiträgen unterstützt werde. Um diese Subventionen fristgerecht beantragen zu können, seien sowohl ein Kreditbeschluss als auch ein baubewilligtes Projekt nötig. Die Kreditvorlage erfolge deshalb bereits im heutigen Zeitpunkt, obwohl die Ausführung erst in den Jahren 2020 und 2021 vorgesehen sei. Das Umgestaltungskonzept sei als Weiterentwicklung des Bauprojektes von 2002, Los 1 Bödeliweg, zu verstehen und entspringe dem Konzept Crossbow. Die Kosten für die Ausführung der Erneuerung und Umgestaltung der Centralstrasse und der Sanierung der Gemeindekanalisation würden sich gemäss Kostenvoranschlag auf 2,1 Mio. Franken belaufen, weshalb ein Rahmenkredit in dieser Höhe beantragt werde. Davon entfielen 1,57 Mio. Franken auf den Strassenbau und 0,53 Mio. Franken auf die Kanalisation. In der Investitionsplanung sei das Vorhaben berücksichtigt. Für die Folgekostenberechnung seien die Beiträge von Bund und Kanton zusammen mit 55 Prozent berücksichtigt. Die Folgekosten würden sich im allgemeinen Haushalt im Durchschnitt der ersten acht Jahre auf 29'000 Franken belaufen. Die Finanzierung dürfte in Anbetracht der geplanten Investitionen zum Teil aus neuen Fremdmitteln erfolgen. Der beantragte Kredit sei tragbar. Im Rahmen der Kanalisationserneuerung würden wo nötig auch die privaten Hausanschlussleitungen saniert. Die entsprechenden Kosten würden den Liegenschaftseigentümerschaften in Rechnung gestellt werden. Diese Kosten hätten noch nicht ermittelt werden können. Sie würden vom Gemeinderat später in eigener Kompetenz bewilligt werden.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

*Christoph Betschart* stimmt dem Geschäft für die FDP zu. Das Sanierungsprojekt sei im Investitionsplan vorgesehen. Die Strasse sei sanierungsbedürftig. Es handle sich um ein Agglomerationsprojekt und sei deshalb finanziell tragbar. Er begrüsse die neue Darstellung bereits beschlossener Kredite in der Vorlage des Gemeinderats. Er bitte aber, die Tabelle besser darzustellen. Er möchte wissen, was passiere, wenn die Verkehrsinitiative wider Erwarten angenommen würde. Erfolge die Umsetzung wie im heutigen Projekt oder seien nachträglich Änderungen an der Centralstrasse möglich.

*Sandra Hänggi* bestätigt, dass die SP/Grünen der Vorlage zustimmen würden. Sie danke für die behindertengerechte Umsetzung des Vorhabens.

*Manuela Nyffeler* erklärt, das Geschäft sei für die SVP unbestritten. Es sei mit den Nachbargemeinden abgesprochen. Die neue Auflistung der bereits bewilligten Kredite begrüsse sie ebenfalls. Die Liste sollte aber noch ergänzt werden mit den gemäss Investitionsplan geplanten Investitionen und der Summe der vom Gemeinderat in eigener Kompetenz bereits beschlossenen Kredite.

*Bernhard Staehelin* erinnert an das Fremdkapital von 23 Mio. Franken. Mit den beiden heutigen Vorlagen müsse weiteres Geld aufgenommen werden. Hier würden aber andere Spielregeln gelten. Würde es sich nicht um Agglomerationsprojekte handeln, könnten sie wohl wie die Bernastrasse zurückgestellt werden. Das Portemonnaie sei zurzeit für weitere Investitionen leer, wie auch gerechnet werde. Der heutigen Vorlage stimme er zu. Es sei aber zu bedenken, dass nun bereits Gelder der Jahre 2019 und 2020 ausgegeben würden.

*Gemeinderat Kaspar Boss* hält fest, die Planung basiere auf dem gültigen Verkehrsrichtplan. Wenn der Verkehrsrichtplan wegen der Verkehrsinitiative geändert werden müsse, müsse man über die Bücher gehen. Die Verkehrsinitiative betreffe jedoch nicht die Centralstrasse und die Jungfraustrasse. Die Agglomerationsgelder seien positiv. Die Sanierung sollte nicht verschoben werden, um sie dann später ohne Subventionen realisieren zu müssen.

#### **Beschluss:**

1. Für die Erneuerung und Neugestaltung der Centralstrasse inklusive Kanalisationssanierung wird ein Rahmenverpflichtungskredit von CHF 2'100'000.00 bewilligt.

2. Das Geschäft untersteht dem obligatorischen Referendum.

(einstimmig)

32 S4.4.25 Jungfraustrasse

**Erneuerung und Umgestaltung Jungfraustrasse, Teilstrecke Savoykreuzung (inklusive) bis Gemeindegrenze Matten, inklusive Kanalisationserneuerung, Rahmenkredit**

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

*Gemeinderat Kaspar Boss* bemerkt, dass es sich bei der Erneuerung und Umgestaltung der Jungfraustrasse um ein Agglomerationsprojekt der Phase 2 handle, das von Bund und Kanton im Teil Strasse mit namhaften Beiträgen unterstützt werde. Um diese Subventionen fristgerecht beantragen zu können, seien sowohl ein Kreditbeschluss als auch ein baubewilligtes Projekt nötig. Die Kreditvorlage erfolgt deshalb bereits im heutigen Zeitpunkt, obwohl die Ausführung erst in den Jahren 2019 und 2020 vorgesehen sei. Das Umgestaltungskonzept sei als Weiterentwicklung des Bauprojektes von 2002, Los 1 Bödeliweg, zu verstehen und entspringe dem Konzept Crossbow. Die Kosten für die Ausführung der Erneuerung und Umgestaltung der Centralstrasse und der Sanierung der Gemeindekanalisation würden sich gemäss Kostenvoranschlag auf 1,7 Mio. Franken belaufen, weshalb ein Rahmenkredit in dieser Höhe beantragt werde. Davon entfielen 1,37 Mio. Franken auf den Strassenbau und 0,33 Mio. Franken auf die Kanalisation. In der Investitionsplanung sei das Vorhaben berücksichtigt. Für die Folgekostenberechnung seien die Beiträge von Bund und Kanton zusammen mit 55 Prozent berücksichtigt. Die Folgekosten würden sich im allgemeinen Haushalt im Durchschnitt der ersten acht Jahre auf rund 25'000 Franken belaufen. Die Finanzierung dürfte in Anbetracht der geplanten Investitionen zum Teil aus neuen Fremdmitteln erfolgen. Der beantragte Kredit sei tragbar. Im Rahmen der Kanalisationserneuerung würden wo nötig auch die privaten Hausanschlussleitungen saniert. Die entsprechenden Kosten würden den Liegenschaftseigentümerschaften in Rechnung gestellt werden. Diese Kosten hätten noch nicht ermittelt werden können. Sie würden vom Gemeinderat später in eigener Kompetenz bewilligt werden. Es sei jedoch davon auszugehen, dass bei Aufrechnung des noch nicht ermittelten Bruttokredits für die Sanierung der privaten Hausanschlüsse der Gesamtbetrag über zwei Millionen Franken steige, womit das Geschäft dem obligatorischen Referendum unterstehe.

Das Eintreten ist unbestritten.

*Fritz Kupfer* stimmt für Rot/Grün der Sanierung zu. Die Erneuerung sei nötig und es gebe Gelder. Es sei schade, dass in den Unterlagen ein ausländischer Baum erwähnt werde. Das sei wohl ein Versehen.

*Pia Boss* ist für die FDP mit dem Kredit einverstanden. Es handle sich um ein gutes Projekt. Endlich komme diese Sanierung. Die Strasse sei nicht mehr in einem guten Zustand. Bei Regen gebe es grosse Pfützen. Sie hoffe auf eine speditive Bauphase.

*Manuela Nyffeler* bestätigt, dass die SVP auch hier zustimme, und dankt für die kurze und bündige Präsentation.

*Bernhard Staehelin* bittet, auch Kredite vorhergehender Jahre in der Kreditzusammenstellung des Gemeinderats aufzuführen.

*Gemeinderat Kaspar Boss* antwortet, die Liste sei eine Dienstleistung zugunsten des Parlaments und zeige die Kredite für die Jahre auf, für die ein neuer Kredit beantragt werde.

*Sandra Hänggi* ist auch froh über die Sanierung der beiden Strassen.

**Beschluss:**

1. Für die Erneuerung und Umgestaltung der Jungfraustrasse, Teilstrecke Savoykreuzung (inklusive) bis Gemeindegrenze Matten, wird ein Rahmenverpflichtungskredit von CHF 1'700'000.00 bewilligt.
2. Das Geschäft untersteht dem obligatorischen Referendum.

(einstimmig)

**33** S1.12 Schulmaterial, Mobiliar, Informatik

**Informatik Schulen, Beschaffung Schüler- und Lehrergeräte, Rahmenkredit**

*GPK-Präsident Andreas Roth* unterstützt den Rahmenkredit. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich jedoch gefragt, wie es sich mit dem Unterhalt verhalte, da doch 400 Geräte beschafft würden.

*Gemeinderat Franz Christ* führt aus, mit Einführung des Lehrplan21 änderten sich auch die pädagogischen Vorgaben für den Einsatz der Medien und der Informatik. Das heisse, dass digitale Lehr- und Lernmittel vermehrt in allen Fächern eingesetzt würden. Eine Arbeitsgruppe der früheren Schulkommission und der Lehrerschaft habe ein neues ICT-Konzept für die Schulen erarbeitet, das die Empfehlungen der Erziehungsdirektion für Infrastruktur und Software umsetze. Die Schülerinnen und Schüler sollen mit robusten Chrombooks/Netbooks oder leistungsreduzierten Laptops und die Lehrpersonen mit volltauglichen Laptops ausgerüstet werden. Eine 1:1-Zuteilung soll ab der 5. Klasse erfolgen und die Geräte sollen fünf Jahre im Einsatz sein. Neben einem Kauf sei auch ein Leasing geprüft worden. Die Kaufvariante sei auf fünf Jahre gerechnet um rund 100'000 Franken günstiger als ein Leasing. Die Beschaffung der Geräte erfolge im Einladungsverfahren. Die schulseitige Betreuung werde durch einen Informatik-Beauftragten der Schule über alle Stufen wahrgenommen. Sein diesbezügliches Pensum werde von heute zehn auf neu dreissig Prozent aufgestockt. Er werde durch die AIS-Keller AG im Second-Level-Service unterstützt. Die Wartungskosten würden über die Erfolgsrechnung abgewickelt und jeweils ordentlich budgetiert werden. Die Beschaffung koste 231'000 Franken und sei im Investitionsplan berücksichtigt. Der beantragte Kredit sei tragbar. Unter dem Vorbehalt der Kreditbewilligung durch den Grossen Gemeinderat habe der Gemeinderat den Rahmennachkredit auf zwei Objektkredite und einen Nachkredit zur Erfolgsrechnung 2017 verteilt. Mit den nötigen Firewalls werde den Sicherheitsüberlegungen Rechnung getragen. Ein Zugriff auf verbotene Seiten sei nicht möglich. Die Eltern würden die Haftungsregelungen unterschriftlich bestätigen müssen, weshalb nichts dagegen spreche, dass die Geräte von den Schülerinnen und Schülern auch nach Hause genommen werden dürften.

Eintreten ist unbestritten.

*Lorenz Schütz* bestätigt, dass die Bedeutung des Computers auch im Schulunterricht zunehme, ob dies wünschenswert sei oder nicht. Die Schülerinnen und Schüler müssten lernen, die heutigen Medien richtig und sinnvoll anzuwenden. Dadurch würden die Lehrmittel aber immer mehr kosten. Er sei froh über das frühzeitig vorliegende Konzept. Die Geräte müssten nun beschafft werden, um auf das Schuljahr 2018/19 bereit zu sein. Die EVP/EDU stimme dem Kredit zu. Das ICT-Konzept sei vor der nächsten Beschaffung dann den neuen Gegebenheiten anpassen. CD-Laufwerke brauche es nicht mehr, was die vorgesehenen Geräte bereits berücksichtigen würden. Der Kopf und die Hände dürften im Unterricht nicht zu kurz kommen. Bei baulichen Sanierungen müsse die Informatik zukünftig immer in die Planung einbezogen werden.

*Bernhard Weinekötter* unterstützt den Kredit für SP/Grüne und anerkennt, dass der Kauf im Rahmen einer Beschaffungsstrategie erfolge. Das Geschäft diene auch der Chancengleichheit. Nicht alle Schülerinnen und Schüler könnten sich privat ein Gerät leisten. Bei diesem Geschäft hätten die Unterlagen ausführlicher sein dürften. Er möchte, dass von Anfang an eine Anzahl Ersatzgeräte angeschafft wür-

den. Es sei besser, eine Reserve zu haben. Er **beantrage** deshalb, den Kredit um 10'000 Franken auf 241'000 Franken aufzustocken, damit von Beginn weg Ersatzgeräte angeschafft werden könnten.

*Adrian Nyffeler* stimmt dem Geschäft für die SVP zu. Ihn interessiere, wie viel bisher für die Wartung und Betreuung aufgewendet worden sei. Die IT-Wartung sei rasch zu überprüfen und nötigenfalls zu korrigieren.

*Corinne Schmidhauser* geht es darum, dass hohe Kompetenzen unter geregelten Bedingungen erworben werden könnten. 30 Stellenprozente für Wartung und Betreuung seien unrealistisch wenig. Die Geräte seien auch bei den Schülerinnen und Schülern zu Hause im Einsatz. Es brauche wohl mehr Aufwand für die Wartung. Die Folgekosten müssten ehrlich budgetiert werden.

*Sandra Hänggi* bittet das Natürliche nicht zu verlieren. Es gelte, auch etwas ohne Computer tun. Es dürfe nicht sein, dass wegen der IT-Kosten kein Geld mehr für Schulreisen zur Verfügung stehen würde.

*Gemeinderat Franz Christ* bemerkt, die Supportkosten seien bereits heute mit 7'000 bis 10'000 Franken pro Jahr im Budget vorgesehen gewesen. Es werde nicht gedoktert werden, so dass der Second-Level-Support tief gehalten werden könne. Wenn etwas nicht mehr gehe, werde einfach ein neues Image aufgezogen. Die vorgesehenen 50 Lehrergeräte würden wohl nicht ausgeschöpft, weshalb ein Puffer für Reservegeräte bestehe. Alle Geräte würden fertig installiert geliefert, so dass das separate Image wohl mit 50 Franken pro Geräte möglich sei. Es seien keine Spezialwünsche der Schülerinnen und Schüler möglich. Die Beschaffung sei mit den aktuellen Schülerzahlen gerechnet worden. Er wehre sich jedoch nicht gegen den Antrag Weinekötter.

#### **Beschluss:**

Der Antrag Weinekötter um Erhöhung des Kredits um 10'000 Franken wird mit 22:0 Stimmen angenommen.

#### **Beschluss:**

Für die Beschaffung von Schüler- und Lehrergeräten im Rahmen des ICT-Konzepts der Schulen wird ein Rahmenkredit von CHF 241'000.00 bewilligt.

(27:0 Stimmen)

### **34      A1.3              Unterschriftensammlung, Initiative und Referendum generell**

#### **Gemeindeinitiative "Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere"**

Die Geschäftsprüfungskommission macht keine Bemerkungen zum Geschäft.

*Gemeinderat Peter Michel* führt aus, der Gemeinderat habe die Meinung verschiedener Organisationen zu den Empfehlungen der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept eingeholt und auch der Bevölkerung die Möglichkeit zu einer Eingabe gegeben, um seine Stellungnahme fundiert abstützen zu können. 25 Organisationen, Parteien, Gemeinden, Privatpersonen oder weitere juristische Personen hätten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und ihre Stellungnahmen seien in die Überlegungen des Gemeinderats eingeflossen. Der Gemeinderat halte an der heutigen Sperrung des Schlauchs fest. Eine Begegnungszone mit Tempo 20 und Vortritt für Fussgängerinnen und Fussgänger eigne sich nur für Quartierstrassen und sei nicht kompatibel mit dem öffentlichen Verkehr, der Fahrpläne einzuhalten habe. Für die Marktgasse sei keine Einbahnregelung vorgesehen. Die Sanierung der Marktgasse und die Auswirkungen der Überbauungen Herreney und Bleikimatte seien abzuwarten. Eine spätere Neu beurteilung sei nicht ausgeschlossen. Eine nördliche Erschliessung über die Aareckstrasse-Neugasse-Strandbadstrasse sei denkbar, mit Vortritt der Marktgasse und mit überfahr-

baren Trottoirs. Die BLS Netz AG habe in den letzten Tagen ein Linksabbiegeverbot von der Markt-gasse in die Neugasse verlangt, um den Niveauübergang Markt-gasse sicherer zu machen. Für die Rosenstrasse und die Centralstrasse seien keine Änderungen vorgesehen, ausser der Prüfung einer zweiten Spur bei der Einmündung der General-Guisan-Strasse in die Waldeggstrasse für Rechtsab-biegende und eine Signalisationsoptimierung mit Prüfung der Vorfahrt von der Rosenstrasse in die General-Guisan-Strasse. Diese Massnahme sei etwa für 2020/2021 geplant. Die Hauptverkehrsach-sen seien noch zu optimieren, insbesondere der Heimwehfluhknoten etwa im Jahr 2019. Von den drei vorgeschlagenen Reisebus-Umsteigezonen würden die Zonen Bahnhof West und Bahnhof Ost begrüsst und nach Möglichkeit ausgebaut. Für die PW-Parkplätze und Carparkplätze Strandbadstras-se solle mit einer Studie gesamthaft überprüft werden, ob diese richtig angeordnet seien. Auf dem BOB-Parkplatz an der Unteren Bönigstrasse seien weitere Car-Ein- und Aussteigeplätze in Bearbei-tung. Die Zone Aula Mitte werde abgelehnt. Die Carparkplätze Höhematte und Kursaal seien beizube-halten, aber nicht noch mehr zu belasten. Als Überlauflösung könne ein Aussteigeplatz gegenüber dem Hotel Du Nord geprüft werden. Zudem werde geprüft werden, wo allenfalls ein neuer Reisebus-Terminal entstehen könnte, der auch als Parkplatz für Camper, Abstellplatz für Lastwagenanhänger und Fernbusterminal genutzt werden könnte.

*David Bühler*, Präsident der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept, dankt dem Gemeinderat für seine ausführliche Stellungnahme. Er stelle fest, dass der Gemeinderat in vielen Punkten mit den Empfehlungen der Kommission einverstanden sei. Verschiedene Massnahmen wolle er zum heutigen Zeitpunkt noch nicht umsetzen, schliesse jedoch eine spätere Neubeurteilung nicht aus. Es sei nun am Grossen Gemeinderat zu beurteilen, ob er dem Antrag des Gemeinderats folgen oder in einzelnen Punkten dem Gemeinderat eine Empfehlung gemäss Bericht der nicht ständigen Kommission Ver-kehrskonzept abgeben wolle. Der Bodeliweg mit der Achse Altstadt Unterseen – Postplatz Interlaken – Hirschen Matten werde gegenüber dem behördenverbindlichen Verkehrsrichtplan für die Durchfahrt aufgewertet, wozu auch die überfahrbaren Trottoirs in der Markt-gasse und der Rosenstrasse beitra-gen würden, die den Rechtsvortritt aufheben würden. Im Verkehrsrichtplan sei diese Achse als zent-rale Fussgängerachse mit ‚Zubringerverkehr gestattet‘ festgelegt. Der Verkehr müsse auf die ver-kehrsführenden Strassen, insbesondere die Umfahrung A8, gelenkt werden. Das Büro der Kommis-sion könne nachvollziehen, dass die Markt-gasse weiterhin in beiden Richtungen befahrbar bleiben soll, damit das Zentrum von Interlaken auch von der Unterseen aus einfach erreichbar bleibe. Das sei aber nur machbar, wenn sich die Fahrten auf Zubringerfahrten beschränken und der Durchgangsver-kehr auf den verkehrsführenden Strassen erfolgen würde. Dem Grossen Gemeinderat werde emp-fohlen, an der Einführung einer Begegnungszone festzuhalten. Die Begegnungszone entspreche in idealer Weise dem Verkehrsrichtplan. Damit der öffentliche Verkehr seine Fahrpläne einhalten könne, könnte auf die Begegnungszone auf dem Höheweg verzichtet werden. Bauliche Anpassungen seien nur bei den Zoneneingängen notwendig. Bezüglich Reisebusse müsse es das Ziel bleiben, den Höhe-weg und die Strandbadstrasse vom Carverkehr zu befreien, um die Attraktivität und Aufenthaltsquali-tät im Zentrum zu steigern.

*Hans Romang* verweist auf seine und andere Voten in der Sitzung vom März 2017. Der Gemeinderat sehe die Situation und den Handlungsbedarf anders als die nicht ständige Kommission und die Frak-tionen im März. Der Gemeinderat sehe nur wenige kleine Anpassungen vor. Das genüge nicht. Was der Gemeinderat wolle, stehe im Konflikt mit dem Verkehrsrichtplan. Er sehe keinen Willen beim Gemeinderat, das Verkehrsproblem in Interlaken zu verbessern oder zu lösen. Gerade im Hinblick auf die Abstimmung über die Verkehrsinitiative brauche es klare Aussagen, was die Alternative zur Initia-tive sei. Er **beantrage** den Anträgen 1a und 1b des Gemeinderats jeweils nur mit folgender Anpas-sung zuzustimmen. Der Satzteil „im Sinne der Ausführungen des Gemeinderats“ sei zu ändern in „im Sinne der durch den Grossen Gemeinderat ergänzten Ausführungen des Gemeinderats und unter Berücksichtigung des Mitberichts der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept“. Weiter **bean-trage** er folgende fünf Punkte als separate Anträge zu behandeln und bei Annahme als verbindliche Ergänzungen der Empfehlungen an den Gemeinderat aufzunehmen:

1. Die Begegnungszonen werden begrüsst und die Realisierung wird geprüft. Dabei wird insbeson- dere auf die Stellungnahme der nicht ständigen Kommission verwiesen.
2. Die Einbahnstrasse Markt-gasse wird umgesetzt.
3. Die Beruhigung in den Wohnquartieren wird unter Einbezug noch nicht namentlich genannter

Strassen weiter optimiert. Dazu werden auch die vom Gemeinderat bereits teilweise oder ganz abgelehnten Änderungen nochmals einbezogen.

4. Eine Reduktion der Carparkplätze Kursaal West und Ost wird im Zusammenhang mit einem neuen Carterminal angestrebt.
5. Die Verkehrssicherheit des Langsamverkehrs insbesondere auf Schulwegen wird verbessert.

*Lorenz Schütz* ist für die EVP/EDU enttäuscht von Haltung des Gemeinderats. Mehr Mut wäre erwünscht. Prozesse brauchen aber Zeit. Nicht alle Massnahmen würden auf die gleiche Begeisterung stossen. Die Flaniermeile und der Bödeliweg seien im Verkehrsrichtplan als Fussgängerachsen und für den öffentlichen Verkehr vorgesehen. Begegnungszonen würden die heutige Situation verbessern. Zugunsten des öffentlichen Verkehrs könnte auf den Schlauch und den Höhweg als Begegnungszonen verzichtet werden. Er **beantrage** eine Änderung des gemeinderätlichen Antrags 1a in dem Sinne, dass Begegnungszonen umzusetzen seien, jedoch beschränkt auf die Marktgasse, die Bahnhofstrasse und die Centralstrasse.

*Georges Beutler* bemerkt, die Vorredner hätten es auf den Punkt gebracht. Mit Crossbow sei schon Verschiedenes umgesetzt. Es gehe nun darum, das Ortszentrum noch attraktiver zu machen. Die Verkehrsberuhigung müsse als Ganzes gesehen werden. Früher musste vor den Fussgängerstreifen angehalten werden. Diese würden heute fehlen. Heute müsse angehalten werden, weil überall Leute die Strassen überqueren würden. Auch das bremse und behindere den öffentlichen Verkehr. Der Verkehr werde weiter zunehmen, mit oder ohne Elektrofahrzeuge. Das Gesamtkonzept des Gemeinderats könne er nicht unterstützen und lehne es ab.

*Antonie Meyes Schürch* spreche nicht zum ersten Mal für SVP zu diesem Geschäft, aber hoffentlich zum letzten Mal. Die Verkehrsinitiative sei kurz nach der Signalisation der Verkehrsmassnahme im Schlauch eingereicht worden. Heute habe sich die Bevölkerung an die Verkehrsregelung gewöhnt. Es gebe gute Umfahrungsrouten, so dass das Zentrum für die Durchfahrt gar nicht benötigt werde. Den Initianten gehe es darum, die beliebte Fussgängerpassage im Schlauch wieder mit Fahrzeugen aller Art zu füllen. Gegen die Initiative spreche erstens, dass der Fussgänger- und Velobereich im Schlauch abgeschafft werden soll und alle Cars und Lastwagen wieder im Schlauch zirkulieren dürften. Zweitens verlange die Initiative eine Verkehrsrichtplanänderung, um diesen Fussgänger- und Velobereich abzuschaffen. Der Grosse Gemeinderat könnte eine gemäss Initiative ausgearbeitete Änderung des Verkehrsrichtplans später ablehnen. Verkehrsmassnahmen lägen nicht in der Zuständigkeit des Grossen Gemeinderats. Drittens müssten die Crossbowstrecken wieder teuer zurückgebaut werden. Die Initiative habe nicht nichts gebracht. Sie sei ein demokratisches Mittel. Der Verkehr sei in den letzten drei Jahren im Gemeinderat und im Grossen Gemeinderat intensiv behandelt worden. Der Gemeinderat unterbreite eine realistische Auslegeordnung. Die Rahmenbedingungen seien eng. Die Vorlage des Gemeinderats zeige das Machbare auf und diene dem Oberziel der Ablehnung der Initiative. Sie bitte das Initiativkomitee, die Initiative zurückzuziehen, damit die vom Gemeinderat vorgesehenen Verbesserungen umgesetzt werden könnten.

*Fredi Daumüller* ist der Auffassung, das Initiativkomitee habe mit dem Moratorium die Hand gereicht. Nach zwei Jahren sei er vom Ergebnis enttäuscht, das in diesen zwei Jahre erarbeitet worden sei. Es werde immer noch nur über den Verkehr diskutiert statt gehandelt. Eine Einbahn in der Marktgasse sei mit dem Verkehrsrichtplan nicht kompatibel. Mit einem Farbkonzept lasse sich der Verkehr nicht lenken. Es werde mehr Verkehr geben. Dieser könne mit dem Konzept des Gemeinderats nicht bewältigt werden.

*Gemeinderat Peter Michel* bemerkt, er habe nicht gewusst, dass der Gemeinderat so schlecht gearbeitet haben soll. Die Vertreter des Initiativkomitees hätten in der nicht ständigen Kommission nicht aktiv mitgearbeitet, sondern verhindert. Der Engpass in der Marktgasse liege nicht in Interlaken, sondern in Unterseen. Die Begegnungszone sei geprüft worden. Sie gehe aber einfach nicht. Auf einer Achse würde es dann Tempo 50, dann Tempo 30 und dann noch eine Begegnungszone geben. In Interlaken gebe es schon im Vergleich mit kleineren Städten wie Thun kein Verkehrsproblem. Der Verkehr sei in Interlaken immer einigermaßen flüssig.

*Gemeindepräsident Urs Graf* zeigt sich verwirrt von der Aussage Daumüller. Warum soll eine Chance verspielt worden sein, wenn der Vorschlag der nicht ständigen Kommission in guten Teilen umgesetzt werde. Ihm fehle die Aussage des Initiativkomitees, dass der Vorschlag der nicht ständigen Kommission unterstützt werde. Das Initiativkomitee habe sich klar gegen eine Begegnungszone ausgesprochen.

*Fredi Daumüller* kann zu den Bemerkungen des Gemeindepräsidenten nicht Stellung nehmen, da er nicht in der Kommission mitgearbeitet habe und nicht für das Komitee sprechen könne. Der Gemeinderat sei mit drei Mitgliedern in der nicht ständigen Kommission vertreten gewesen. Warum gebe es dann so viele Anpassungen an den Empfehlungen der Kommission?

*Gemeindepräsident Urs Graf* fragt *Fredi Daumüller* noch einmal, ob das Initiativkomitee für oder gegen eine Begegnungszone sei. Was brauche es konkret für einen Initiativrückzug?

*Fredi Daumüller* wiederholt, dass er nicht im Namen des Komitees sprechen könne.

*Ratspräsidentin Dorothea Simmler* ordnet um 21.35 Uhr einen **Sitzungsunterbruch** von 20 Minuten an.

*Hans Romang* ist es ein Anliegen, eine Wahlmöglichkeit zu haben. Es gebe Schwarz oder Weiss. Nur sollte klarer werden, was Weiss beinhalte. Die Stossrichtung des Gemeinderats sei im Grundsatz richtig. Er **ziehe** seine Einzelanträge 4 und 5 **zurück**.

*Bernhard Weinekötter* möchte keinen frustrierten Gemeinderat. Es stimme, dass der Verkehr in Interlaken fliesse. Dem Gemeinderat gehe es richtigerweise darum, die Abstimmung zur Verkehrsinitiative zu gewinnen. Bei den Anträgen Romang gehe es zusätzlich um eine Attraktivitätssteigerung. Die Anträge Romang störten den Abstimmungskampf nicht. Auch er bitte das Initiativkomitee die Initiative zurückzuziehen. Die Diskussion habe auch dank der Initiative in den letzten zwei Jahren stattgefunden. Das sei wertvoll gewesen, aber jetzt sei genug.

Für *Georges Beutler* gehe es nicht darum, das Dorf in eine Begegnungszone umzuwandeln. Aber vielleicht könnte ein Feldversuch auf einem oder einzelnen Abschnitten stattfinden, zum Beispiel auf dem Ostbahnhofplatz. Erst die Praxis zeige, ob es funktioniere. Das habe der Schlauch gezeigt.

*Manuela Nyffeler* möchte zur Begegnungszone wissen, warum bei einer Begegnungszone Agglomerationsbeiträge verloren gehen oder zurückbezahlt werden sollten.

*Gemeinderat Kaspar Boss* antwortet, die übergeordneten Vorgaben verlangten klare Trennungen der Abschnitte mit unterschiedlichen Verkehrsregimes. Bei Übergang von einem zum andern Regime brauche es sichtbare und bauliche Abgrenzungen. Aufeinanderfolgende Strecken mit ähnlichen Regimes sollten verhindert und damit gleich ausgestaltet werden. Die nötigen Massnahmen für die Abgrenzung und Gestaltung von Begegnungszonen würden kosten.

*Gemeinderat Peter Michel* betont, dass der Gemeinderat bei seiner Haltung bezüglich Begegnungszonen bleibe und keine Ergänzungen möchte. Jede heute beschlossene Änderung gebe dem Initiativkomitee neue Argumente zugunsten der Initiative.

*Anja Liechti* möchte von *Fredi Daumüller* dessen Vision für die Verkehrssituation in Interlaken erfahren.

*Fredi Daumüller* wehrt sich gegen den persönlichen Angriff durch den Gemeindepräsident, der ihn als verwirrt bezeichnet habe, und erwartet eine Entschuldigung noch in dieser Sitzung. Das Ziel der Initiative sei eine visionäre Verkehrslösung für Interlaken. Es gebe Bauprojekte in Interlaken und in der Region, die Mehrverkehr bringen würden. Er und das Initiativkomitee wollten eine visionäre Lösung.

Auch *Fritz Kupfer* möchte endlich die Visionen von *Fredi Daumüller* kennen. Bisher habe er keine



Vision aufgezeigt.

Diese Vision sei für *Fredi Daumüller* ein neuer Verkehrsrichtplan, der die neuen Gegebenheiten korrekt abbilde. Zudem sei die Motion Grossenbacher noch hängig.

*Bernhard Staehelin* erinnert daran, dass die Schlauchlösung eine vom Grossen Gemeinderat unterstützte Alternative gewesen sei, damit nicht über Motion Grossenbacher habe abgestimmt werden müssen.

*David Bühler* fragt, was passiere, wenn die von der Initiative verlangte Änderung des Verkehrsrichtplans nach deren Ausarbeitung abgelehnt oder nicht genehmigt würde. Die Vision sei der vom Grossen Gemeinderat 1999 einstimmig beschlossene Verkehrsrichtplan 1999, der nach wie vor für Interlaken stimme. Crossbow sei ein überzeugendes Projekt. Der heutige Richtplan sei auch mit der Überbauung Herreney kompatibel.

*Gemeindepräsident Urs Graf* ist sich keiner Beleidigung gegenüber Fredi Daumüller bewusst. Er habe nur gesagt, er selber sei verwirrt durch die Aussagen von Fredi Daumüller.

*Ratspräsidentin Dorothea Simmler* und *Ratssekretär Philipp Goetschi* erläutern das Abstimmungsverfahren und führen durch die Abstimmungen. Zuerst würden die Anträge Romang und Schütz zur Begegnungszone gegenübergestellt und bereinigt. Dann würden die verbleibenden Einzelanträge Romang bereinigt, dann sein Antrag zur Einleitung der Beschlüsse 1a und 1b. Nach der Abstimmung über Antrag 1c werde die Schlussabstimmung zu Antrag 1 vorgenommen und schliesslich in Ja/Nein-Abstimmungen auch noch über die Anträge zum Gegenvorschlag und zur Auflösung der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept befunden.

#### **Cupabstimmung Begegnungszone:**

- Antrag Romang für Aufnahme Begegnungszone in die Empfehlung an den Gemeinderat: 16 Stimmen
- Antrag Schütz für Aufnahme einer auf die Marktgasse, die Bahnhofstrasse und die Centralstrasse beschränkten Begegnungszone in die Empfehlung an den Gemeinderat: 5 Stimmen

#### **Bereinigung Begegnungszone**

Der in der Cupabstimmung obsiegende Antrag Romang wird mit 14:11 Stimmen angenommen.

#### **Einbahn Marktgasse:**

Der Antrag Romang wird mit 9:12 Stimmen abgelehnt.

#### **Beruhigung in den Wohnquartieren:**

Der Antrag Romang wird mit 8:13 Stimmen abgelehnt.

#### **Einleitung zu den Empfehlungen 1a und 1b:**

Der Antrag Romang wird mit 13:10 Stimmen angenommen.

#### **Fassung Empfehlung 1a:**

*Ratssekretär Philipp Goetschi* gibt folgende neue Formulierung von Empfehlung 1a bekannt: „Dem Gemeinderat wird empfohlen ...die Variante 2A für Personenwagen gemäss Schlussbericht der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept im Sinne der durch den Grossen Gemeinderat ergänzten Ausführungen des Gemeinderats und unter Berücksichtigung des Mitberichts der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept weiter zu verfolgen und die Umsetzung möglichst rasch einzuleiten,

gegebenenfalls in Etappen; dabei wird eine Begegnungszone zuhanden einer Realisierung mit Hinweis auf die Stellungnahme der nicht ständigen Kommission begrüsst“.

*Hans Romang* bestätigt, dass diese Formulierung seine beiden angenommenen Anträge korrekt umsetze.

Die Empfehlung 1a wird in dieser Formulierung mit 13:9 Stimmen angenommen.

#### **Fassung Empfehlung 1b:**

*Ratssekretär Philipp Goetschi* gibt folgende neue Formulierung von Empfehlung 1a bekannt: „Dem Gemeinderat wird empfohlen ... die Variante für Reisebusse gemäss Schlussbericht der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept im Sinne der durch den Grossen Gemeinderat ergänzten Ausführungen des Gemeinderats und unter Berücksichtigung des Mitberichts der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept weiter zu verfolgen und die notwendigen Planungsschritte möglichst rasch einzuleiten“.

Die Empfehlung 1b wird in dieser Formulierung mit 14:8 Stimmen angenommen.

#### **Empfehlung 1c:**

Die Empfehlung 1c wird in der Fassung des Gemeinderats mit 26:1 Stimmen angenommen.

#### **Schlussabstimmungen:**

1. Dem Gemeinderat wird empfohlen, nach Rückzug oder rechtskräftiger Ablehnung der Gemeindeinitiative „Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere“
  - a) die Variante 2A für Personenwagen gemäss Schlussbericht der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept im Sinne der durch den Grossen Gemeinderat ergänzten Ausführungen des Gemeinderats und unter Berücksichtigung des Mitberichts der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept weiter zu verfolgen und die Umsetzung möglichst rasch einzuleiten, gegebenenfalls in Etappen; dabei wird eine Begegnungszone zuhanden einer Realisierung mit Hinweis auf die Stellungnahme der nicht ständigen Kommission begrüsst;
  - b) die Variante für Reisebusse gemäss Schlussbericht der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept im Sinne der durch den Grossen Gemeinderat ergänzten Ausführungen des Gemeinderats und unter Berücksichtigung des Mitberichts der nicht ständigen Kommission Verkehrskonzept weiter zu verfolgen und die notwendigen Planungsschritte möglichst rasch einzuleiten;
  - c) das Los 2 „Ortseingänge und Wegweisung“ des Verkehrsrichtplans Bödeli zu aktualisieren und insbesondere das Fussgängerleitsystem detailliert zu planen.

(19:5 Stimmen)

2. Der Beschluss 2 des Grossen Gemeinderats vom 3. Februar 2015, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen, wird ersatzlos aufgehoben.

(26:1 Stimmen)

3. Die nicht ständige Kommission Verkehrskonzept wird per sofort und unter Verdankung der geleisteten Arbeit aufgelöst.

(einstimmig)

35 L3.04.4.2 Englischer Garten

**Postulat Meyes Schürch, Englischer Garten, Begründung**

*Antonie Meyes Schürch* begründet ihr Postulat unter anderem auch mit dem Wunsch auf mehr Raum für die Jugendlichen. Sie sei nach Einsicht in die Projektunterlagen Englischer Garten der Meinung, dass sich dieser für einen Begegnungsraum eigne. Das Projekt sei baubewilligt, doch laufe die Frist zur Ausführung ab und müsse verlängert werden. Die Realisierung sei bisher an den Kosten gescheitert. Sie präsentiert die Grundzüge des Projekts Englischer Garten mit den Treppenstufen gegen die Aare, die als Begegnungsraum ideal seien. Allenfalls könnte die Wassertreppe als separates Teilprojekt vorgezogen realisiert werden. Die Lage sei ideal, auch in Nähe der Jugendherberge. Wo sich Einheimische und Jugendliche wohl fühlen würden, würden sich sicher auch Touristen wohlfühlen. Auf Betonbänke sollte aber verzichtet werden. Es könnte etwas aus Holz analog Postplatz realisiert werden.

36 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

**Orientierungen/Verschiedenes**

**Wortmeldungen aus dem Gemeinderat**

Rechtsform der Industriellen Betriebe Interlaken

*Gemeindepräsident Urs Graf* teilt mit, dass der Gemeinderat beabsichtige, die Industriellen Betriebe Interlaken auf das Jahr 2019 in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die stetigen Veränderungen und die zunehmende Komplexität im Energiemarkt hätten den Gemeinderat Interlaken und den Verwaltungsrat der Industriellen Betriebe zu diesem Schritt veranlasst. Mit der Rechtsformänderung sollen starke und zukunftsorientierte Strukturen für die IBI geschaffen werden. Weiter soll deren Marktposition und Kooperationsfähigkeit gestärkt werden, um auch in Zukunft eine sichere und effiziente Energieversorgung auf dem Bödeli gewährleisten zu können. Die Rechtsformänderung sei weder eine finanz- noch eine energiepolitische Vorlage. Mit der geplanten Änderung der Rechtsform erfolge keine Privatisierung. Die neue Aktiengesellschaft bleibe vollständig im Besitz der öffentlichen Hand. Wie schon heute sollen die Gemeinden Matten bei Interlaken und Unterseen auch in Zukunft in den IBI eingebunden sein. Eine Minderheitsbeteiligung der beiden Gemeinden am Aktienkapital der IBI werde deshalb im Rahmen der kommenden Abklärungen geprüft. In den Arbeiten für die geplante Rechtsformänderung habe das Personal der IBI einen hohen Stellenwert. Zwar seien die heutigen öffentlich-rechtlichen Anstellungen zwingend in privatrechtliche Anstellungen zu überführen. Diese Überführung soll aber mit einer sozialverantwortlichen Grundhaltung angegangen werden. Die Umwandlung der IBI in eine Aktiengesellschaft auf den 1. Januar 2019 sei ein ehrgeiziges Ziel, weshalb auch die Legislative früh in den politischen Prozess einbezogen werden soll. Die Projektorganisation sehe eine Begleitgruppe aus Mitgliedern des Grossen Gemeinderats Interlaken vor. Die sechs im Grossen Gemeinderat vertretenen Listen würden gebeten, der Gemeindeschreiberei rasch je ein Mitglied für die Begleitgruppe zu nennen.

Gesamtprojekt Aula

*Gemeinderätin Sabina Stör* informiert, dass der Gemeinderat ein Projekt zur Gesamtanierung der Aula eingeleitet habe, in deren Rahmen sowohl eine Sanierung mit Erweiterung als auch ein Neubau geprüft würden.

**Neue parlamentarische Vorstösse**

Anfrage Weinekötter, Zusammensetzung von Arbeitsgruppen und Kommissionen

*Bernhard Weinekötter* dankt für rasche Einsetzung der Arbeitsgruppe Begegnungsraum. Leider müssten sich die SP und die Grünen einen Sitz teilen, was er bedaure. Er erachte das als undemokratisch und möchte wissen, nach welchem Schlüssel Sitze in Arbeitsgruppen oder nicht ständigen Kommis-

sionen verteilt würden.

**Weitere Wortmeldung**

*Ratspräsidentin Dorothea Simmler* gratuliert Gemeinderat Peter Michel zum 3. Rang im Steinstossen am Unspunnenschwinget.

Schluss der Sitzung: 22:55 Uhr (und damit um 20 Franken erhöhtes Sitzungsgeld)

Die Präsidentin

Der Protokollführer

Die Stimmzählenden